

Niederschrift der 39. Ratssitzung vom 12.09.2013

Ort: Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

Tag: 12.09.2013

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann
34 Stadträte

Herr Dieter Klein	CDU
Herr Thomas Peckruhn	CDU
Frau Monika Rauhut	CDU
Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Herr Harald Weiß	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Herr Peter Dietrich	DIE LINKE.
Herr Manfred Fischer	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.
Herr Axel Sell	DIE LINKE.

Herr Siegmund Hecker	BOS
Herr Andreas Herold	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Katrin Scheffel	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Jürgen Telle	BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS

Herr Mike Bösel	B.I.S.
Herr Siegbert Grießer	B.I.S.
Frau Gesine Liesong	B.I.S.
Frau Käthe Olschak	B.I.S.
Herr Klaus Peche	B.I.S.
Herr Lothar Wolfram	B.I.S.

Frau Christine Block	SPD
Herr Arndt Kemesies	SPD
Frau Katharina Ruschke	SPD

Herr Helmut Qual	FDP
------------------	-----

entschuldigt fehlten: Herr Michael Dietrich DIE LINKE.
Frau Iris Töpsch DIE LINKE.
Herr Heiko Brunthaler NP

verspätet erschienen:	Herr Udo Halle	CDU	16:16 Uhr
	Herr Udo Schwarz	FDP	16:45 Uhr
	Frau Regina Stahlhacke	CDU	17:10 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.	18:10 Uhr
	Herr Dieter Klein	CDU	18:20 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Peter Bloßfeld		
	Frau Ilka Gädke		
	Frau Daniela Hahn		
	Herr Manfred Hartmann		
	Herr Heinz Hüttenrauch		
	Herr Wolfgang Müller		
	Frau Ilona Poschmann		
	Frau Katja Otte		
	Frau Iris Reiche		
	Herr André Röthel		
	Herr Maik Rüdiger		
	Herr Lothar Sanftleben		
	Herr Frank Schmiedl		
	Frau Daniela Schunke		
	Herr Ringo Siebert		
	Frau Karoline Spröte		
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
Stadtverwaltung:	Herr Torsten Schweiger	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Frau Sibylle Lucas	Referentin Kulturelle Bildung, Demografische Entwicklung und Bürgerliches Engagement	
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
	Frau Karin Schiller	Ratsbüro	
	Frau Simone Jung	Ratsbüro	
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates	

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 38. Ratssitzung vom 11.07.2013**
- 4. Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner**
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Beitrittsbeschluss der Stadt Sangerhausen zur Teilversagung zum beantragten Umfang der Kreditermächtigung (Änderung der Haushaltssatzung 2013)
 - 7.2 Ergänzungssatzung im Ortsteil Wettelrode der Stadt Sangerhausen (*wird zurückgezogen*)
 - 7.3 Nachgenehmigung für eine Mehrausgabe § 96 GO LSA zur Beseitigung einer Havarie in den Sanitäranlagen der Grundschule "Am Rosarium" auf Grund einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
 - 7.4 Aufnahme von 4 Projekten in das Sportentwicklungskonzept der Stadt Sangerhausen
 - 7.5 Zuschuss zur Finanzierung eines Grundstückes für den Deutschen Alpenverein - Sektion Südharz/Sangerhausen e.V. zur Errichtung einer Sport- und Freizeitanlage
 - 7.6 Änderung eines Schulbezirkes einer Grundschule

- 7.7 Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an Sangerhäuser NS-Opfer
- 7.8 Ermächtigung des Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes "Südharz": 3. Neufassung der Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes "Südharz"
- 8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz
- 9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 39. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, stellv. Ortsbürgermeister, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 34 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 7.8 und 9. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 8. - 8.1 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen = 35
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Glückwünsche zum Geburtstag

Herr Skrypek und Herr Poschmann gratulieren Frau Monika Rauhut zum heutigen Geburtstag und nachträglich Herrn Axel Sell zu seinem Jubiläum.

3. Genehmigung der Niederschrift der 38. Ratssitzung vom 11.07.2013

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner

Herr Skrypek:

- Abberufung einer sachkundigen Einwohnerin

"Frau Yvonne Röthel (Fraktion DIE LINKE.) legt aus beruflichen Gründen die ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundige Einwohnerin nieder. Frau Röthel war im Sozialausschuss tätig."

Abstimmung über die Abberufung

Ja-Stimmen = 35
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

- Berufung und Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

"Nach § 48 (2) i.V.m. § 46 (1) GO LSA schlägt die Fraktion DIE LINKE. vor, Frau Karoline Spröte, wohnhaft in Sangerhausen, Hüttenstraße 19, als sachkundige Einwohnerin in den Sozialausschuss zu berufen."

Abstimmung über die Berufung

Ja-Stimmen = 35
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Verpflichtungstext:

"Ich verpflichte Sie gemäß § 32 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen- Anhalt. Sie haben Ihre Aufgaben zu erfüllen und sich an die Pflichten laut Gemeindeordnung, §§ 30 und 31, zu halten. Gemäß § 32 GO LSA sind die ehrenamtlich Tätigen auf die ihnen nach den §§ 30 und 31 obliegenden Pflichten hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest: Die heute anwesende sachkundige Einwohnerin ist schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt worden und hat die Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift bereits dokumentiert. Diese Erklärung liegt vor. Damit ist die Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerin gemäß § 32 GO LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

5. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 13.09.2013 zugeschickt.

16:16 Uhr
Herr Halle kommt = **36**

6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Anfrage der Stadträtin Frau Kümmel, Fraktion DIE LINKE.

Frau Kümmel spricht das Thema Schulentwicklungsplanung an. Überrascht hat sie, dass es plötzlich Probleme mit der Grundschule Wippra gibt. Sie erinnert daran, dass sich die Stadt dazu bekannt hat, 3 Grundschulen in der Kernstadt und 3 im ländlichen Bereich (Großleinungen, Oberröblingen und Wippra) zu erhalten. Sie bittet den Oberbürgermeister darum, näher auf die Gründe einzugehen, warum jetzt so plötzlich die Stadt Mansfeld ihre Schüler aus Wippra abziehen möchte und insbesondere, was es mit dem Neubau auf sich hat.

Der Sozialausschuss muss schnellstens über diese Problematik informiert werden. Es darf nicht die gleiche Situation eintreten, wie bei der Schließung der Grundschule Obersdorf, sodass der Rat erst so spät agieren kann. Sie möchte wissen, inwieweit sich die Stadt dafür einsetzen will, damit diese Problematik gelöst wird. Vom Landkreis wird die Schulentwicklungsplanung im Dezember dieses Jahres erwartet. Ihres Wissens nach, ist im Kreis keine Bestrebung vorhanden, Wippra in irgendeiner Art und Weise anzufassen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann bestätigt das und stellt die Problematik aus seiner Sicht dar. Der Einzugsbereich der Grundschule Wippra umfasst das Territorium der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaft Wipper-Eine. Die geschilderte Tendenz geht seines Erachtens nicht von den ehemaligen Mitgliedsgemeinden der VWG aus, sondern von der Stadt Mansfeld, die im Moment ein Kapazitätsproblem im Bereich der Sekundarschule hat. Aus diesem Grund soll die Grundschule aus dem Gebäude ausziehen. Er spricht von einem temporären Problem, das sich sicher über Jahre hinweg wieder relativieren wird. Gerade in der Zeit, in der alle mit dem demografischen Wandel und demzufolge mit sinkenden Schülerzahlen zu kämpfen haben, ist es unverantwortlich, einen Neubau zu initiieren, der sich vielleicht in 4 bis 5 Jahren erübrigt. Die Grundschule in Wippra gehört zu 51 Prozent der Stadt Mansfeld. Das resultiert daraus, dass nach ihrer Auflösung, die Verwaltungsgemeinschaft nicht komplett in eine andere überführt wurde und das Bruchteileigentum entsprechend der Anzahl der Bevölkerung an die einzelnen Gemeinden zurückgefallen ist. Wippras Anteil betrug 49 Prozent. Die anderen 6 Gemeinden, deren Anteil insgesamt 51 Prozent ausmacht, gehören jetzt zur Stadt Mansfeld. Die derzeitige Situation ist nicht zu verstehen, da es bisher immer Einvernehmen gab. Der Hort wurde z.B. von der Stadt Mansfeld in der Grundschule Wippra betrieben. Es ist zu hoffen, dass Fördermittel nicht bewilligt werden und der Landkreis konsequent bleibt und kurze Wege für die Kinder in den Vordergrund stellt. Im schlimmsten Fall muss es eine Kapazitätserweiterung oder Ausnahmeregelung geben. Die Stadt wird dagegen halten, aber letzten Endes liegt es nicht an dieser Entscheidung allein. Wippra ist einer der wichtigsten Grundschulstandorte, schon allein von der Entfernung und der Streckenbeschaffenheit her. Außerdem gibt es noch andere Verkehrsarten (Regionalbahn) außer dem Schulbus. Es kann sein, dass sich die Gespräche mit der Stadt Mansfeld und der Sozialausschuss überschneiden haben. Die Informationen mussten erst einmal eingeholt werden, um sie zu bewerten und in die Stellungnahme einzuarbeiten.

Anfragen des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche bedankt sich dafür, dass der Beitrag über den Industriepark Mitteldeutschland noch kurzfristig in den Oberbürgermeisterbericht eingearbeitet wurde. Der Inhalt hört sich aber an, wie die große Politik kurz vor der Wahl. Es wurde viel geschrieben, aber nicht auf den Punkt gekommen. Für viele ist das nicht zu verstehen. Hiermit ist der Standort begraben, der bis jetzt geplant war. Gestern wurde noch auf der Internetseite der Stadt Sangerhausen mit dem Industriepark Mitteldeutschland mit einer Industriefläche von 260 ha geworben. Heute ist nur noch von 170 ha die Rede. Der 1. Bauabschnitt, mit dem gestern noch geworben wurde, umfasste 150 ha. Jetzt wird noch von einer Größenordnung von 50 bis 70 ha gesprochen. Warum wird nicht ehrlich gesagt, wie es ist? Was wäre gewesen, wenn sich nach der Werbekampagne auf Messen und im Internet bereits Investoren gefunden hätten? Wusste man nicht von Anfang an, dass es dort artenschutzrechtliche Probleme gibt? Warum wurde nicht eher darüber informiert, dass die Reißleine gezogen werden muss? Er hat in einem Gespräch gehört, dass der Standort nie gewählt worden wäre, wenn man vorher gewusst hätte, dass die Tiere auf der Artenschutzliste stehen. Dann stellt sich doch die Frage, wo die verantwortlichen Mitarbeiter sind, die eigentlich wissen müssten, dass die Fläche tabu ist, wenn die auf der Liste registrierten Hamster dort leben. Bei den Schulden die die Stadt hat, wurde in Größenordnung für den Standort Geld ausgegeben. Trotz Förderung müssen jetzt wieder für Untersuchungen am neuen Standort ca. 40 T€ aufgebracht werden. Er verweist darauf, dass Empfehlungen an die Stadt weitergegeben wurden, als es um das Gewerbegebiet an der Mafa ging. Unter anderem wurde empfohlen, dass ein Investitionsverantwortlicher (Ansprechpartner) eingesetzt wird und dass die Verwaltung im Wirtschaftsausschuss und zu jeder Ratssitzung informiert. Vielleicht hätte das dabei geholfen, die Reißleine früher zu ziehen. Hoffentlich wird es auf der anderen Seite der Autobahn möglich sein, weiterzubauen. Warum es so weit kam und wie viel Geld es gekostet hat, darüber möchte er genaue Auskünfte. Er hofft, dass die im letzten Satz des Beitrages versprochenen Daten bis zur nächsten Ratssitzung vorliegen und erinnert daran, dass der im gestrigen Hauptausschuss geforderte und zugesagte Sachstandsbericht Bahnhof in der nächsten Ratssitzung oder im Hauptausschuss vorgetragen wird. Vor etwa vier Monaten sprach er in einer Ratssitzung das Thema Standort Mafa an. Er hat sich damals mit der Antwort zufrieden gegeben, dass es einen Vorhaben- und Erschließungsträger gibt, der das Gebiet vermarktet. Als Stadtrat kann man sich nicht damit zufrieden geben. Die Verwaltung ist hier Ansprechpartner. In den sozialen Netzwerken wird sich bereits auf die eine oder andere Weise darüber lustig gemacht und gefragt, ob man durchfahren kann usw..

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann beginnt mit dem Thema Gewerbegebiet Mafa. Ihm sind auch die Beiträge in facebook bekannt. Natürlich kann man die Straße zum Durchfahren nutzen. Sie ist öffentlich und gewidmet. Der Eigentümer hat ein Baufeld als Parkplatz zur Verfügung gestellt und ist für die Vermarktung seiner Flächen verantwortlich, wobei ihm die Stadt hilfreich zur Seite steht. Es wurde immer gesagt, dass Bewegung hineinkommt, wenn das Industriegebiet entsteht. Dann werden kleinere Flächen zusätzlich benötigt. Zur Planung des Industrieparkes äußert er sich wie folgt. Über einen Flächennutzungsplan und einen B-Plan wurde dieses Verfahren betrieben. Manche Sachen erkennt man erst, wenn man eine Planung darüber legt. Bis heute wurde das andere Gebiet nicht aufgegeben, sonst wäre schon lange der Auflösungsbeschluss für den B-Plan gefasst worden. Die Grenzen der Umsetzung wurden erreicht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen in der letzten Abwägung sind laut Fachbehörden (UNB und ihre übergeordneten Behörden) in dieser Form nicht umsetzbar. Zwischenzeitlich wurde über andere Maßnahmen diskutiert, die letzten Endes verworfen wurden. Die Frage ist: "Wann hätte man das feststellen können?" Dass es auf der Fläche Hamster gibt, ging bereits aus der Machbarkeitsstudie hervor. Bedeutend dabei ist, wie wichtig das Gebiet für das Überleben einer Hamsterpopulation ist. Bei weiteren Untersuchungen wurde festgestellt, dass das Kerngebiet dieser Population genau im Industriegebiet liegt. Darüber wurde der Stadtrat informiert. Ärgerlich ist, dass scheinbar einige Landesbedienstete davon Kenntnis hatten, denn die Fläche war vom Land als Hamster-Monitoringfläche ausgesucht. Erst im Jahr 2010 wurde das erste Hamster-Monitoring durchgeführt und die Stadt Sangerhausen informiert. Seitdem ist man bemüht, das Problem abzuschichten. Es wurden mehrere Gutachten gefertigt, um letzten Endes zu prüfen, ob das Problem zu lösen ist. Alle bisher vorgeschlagenen Maßnahmen werden von den Behörden (nicht den Umweltbehörden) als nicht akzeptabel eingestuft. Sie befürchten, dass man sich strafbar macht, wegen des Verstoßes gegen das Artenschutzrecht. Die Frage war, wie es weitergeht. Sollte die weiße Fahne gehisst und die Homepage geändert werden? Der Eintrag auf der Homepage weist darauf hin, dass in absehbarer Zeit die Möglichkeit besteht, zu investieren, um produzierende Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist das Ziel. Der Standort muss bekannt gemacht werden. Die Homepage wird in abgestufter Form angepasst. Der Fördermittelantrag für die 10 Mio. € wurde noch nicht zurückgezogen. Eine Untersuchung der 2. Fläche erfolgte bereits, als anfangs in der Machbarkeitsstudie vier Standorte ausgewiesen wurden. Aufgrund entscheidender Faktoren wurde der IPM in Erweiterung des Martinsriether Weges favorisiert. Eine große Rolle spielte der Erwerb von Land (große Fläche Stiftungsland). Die GSA hat mit Landesmitteln diese Flächen angekauft, die alle verpachtet sind. Die Refinanzierung über die Pachteinnahmen läuft. Auf der Ausweichfläche stehen nur 170 ha zur Verfügung. Der 1. Erschließungsabschnitt im 1. Bauabschnitt betrug auch nur 50 ha. Also handelt es sich jetzt um die gleiche Erschließungsfläche wie damals. Das Ergebnis der Hamsteruntersuchung liegt noch nicht vor. Aber aus o.g. Untersuchung geht hervor, dass die Bodenbeschaffenheit deutlich "hamsterunfreundlicher" ist. Ärgerlich ist, dass das Land weder bei der Flächennutzungs- noch bei der B-Planung gesagt hat, dass die Fläche eine Hamster-Monitoringfläche ist. Es war nicht bekannt, wie die Güte der Fläche von den Artenschutzbeauftragten bewertet wurde. Eine Schuldzuweisung hilft nicht weiter. Wichtig ist jetzt, dass die 2. Fläche untersucht und dass der Standort weiter beworben wird. Angedacht ist, andere Aquiseformen (Direktansprache) mit der Landesgesellschaft zu nutzen. Die Besiedlung einer so großen Fläche ist ohne Unterstützung des Landes nicht zu schaffen, schließlich ist der Standort Sangerhausen, als einer von 5 Prämiestandorten im Landesentwicklungsplan ausgeschrieben worden. Wenn von Flächenverzehr die Rede ist, sollte bedacht werden, dass der andauernde Wegzug daraus resultiert, dass keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Zu den Finanzen äußert er sich wie folgt. Aus der letzten Abrechnung sind noch 100 T€ offen, die bis jetzt mit der GSA nicht geklärt sind. Eine Rechnung über 5 T€ für Landschaftsplanungsmaßnahmen liegt aus dem B-Plan vor. Hinzu kommen die neuen Schritte. Alle anderen Kosten hat bisher das Land Sachsen-Anhalt über die GSA getragen. Natürlich hat die Verwaltung auch Leistungen hineingesteckt, v.a. in Form von Personalkosten. Diese Verfahrensweise ist der einzig mögliche Weg. Wenn man das Hamsterproblem auf der anderen Seite besser in den Griff bekommt, dann wird er folgende Schritte einleiten: Rücknahme des Antrages für die alte Fläche, Einleitung der planungsrechtlichen Schritte für die neue Fläche, Flächentausch usw..

Nachfrage des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche bedankt sich für die ausführlichen Erläuterungen. Das Ansinnen der Anfrage gestern und heute war, dass hier im Territorium so viel Druck wie möglich gemacht wird. Viel Zeit ist verstrichen und an der einen oder anderen Stelle könnte die Entwicklung weiter sein, wenn das artenschutzrechtliche Problem anders geklärt werden könnte. Einerseits hat die Stadt alle Förderungen vom Land bekommen. Andererseits aber muss es dort Leute geben, die kein Interesse daran haben, dass in Sangerhausen an diesem Standort etwas errichtet wird. Vom reinen Sachverstand her, hätte man schon eher darauf einwirken können, um weiterzukommen. In Bezug auf den Mafa-Standort weist er auf folgendes hin. Es gibt einen Vorhaben- und Erschließungsträger, aber wie viel Geld hat die Stadt Sangerhausen in der langen Zeit dort hineingesteckt? Genau wie beim Industriepark, ist auch hier gewollt, dass sich etwas bewegt. Die Stadträte werden von den Bürgern nach dem Stand gefragt. Viele glauben schon gar nicht mehr daran, dass ein Industriepark entsteht. Zum Mafa-Standort wurde hier in diesen Räumlichkeiten vor nicht allzu langer Zeit vom Amt für Wirtschaftsförderung verkündet, dass 60 bis 70 Prozent der Fläche vermarktet ist. Jetzt ist es anders. Im Namen der Stadträte bittet er darum, alles zu unternehmen, um ein Stück

weiterzukommen. Der Tatsache, dass der Landkreis Mansfeld-Südharz in Bezug auf den Wegzug am schlechtesten im gesamten Deutschland abschneidet, muss entgegengesteuert werden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann möchte nicht unkommentiert stehen lassen, dass es Leute im Land gibt, die nicht unbedingt wollen, dass ein Industriepark in Sangerhausen entsteht. Überall gibt es Neid- und Missgunstgedanken. Das muss man akzeptieren. Was er weiß, ist, dass die Entscheidungsträger zum Industriepark stehen, wenn die Probleme gelöst sind. Das kann auch nicht anders sein, weil das im Landesentwicklungsplan festgeschrieben ist.

KASSETTENWECHSEL

16:45 Uhr

Herr Schwarz kommt = **37**

Bisher war von ca. 3.000 Arbeitsplätzen die Rede, die geschaffen werden sollen. Hauptsächlich geht es dabei um neue Arbeitsplätze, um die vorhandenen am Standort zu erhalten, denn diese sind auch unsicher, wenn kein Fachpersonal zur Verfügung steht. Nur wenn es ein Angebot von neuen besseren Arbeitsplätzen gibt, wird auch Fachpersonal hierher kommen. Das gehört ebenso zur Gesamtstrategie. Es muss eine neue Form der Kommunikation gefunden werden. Das wird nicht immer im öffentlichen Teil der Ratssitzung stattfinden, aber über einzelne Schritte wird im Hauptausschuss zeitnah informiert. Dass das auch im Wirtschafts- und Umweltausschuss geschieht, darüber kann man sich verständigen. Seines Erachtens sollte das auf einen Ausschuss konzentriert werden, damit die Momentaufnahmen im Arbeitstempo abgestimmt werden können.

Anfrage des Stadtrates Herrn Sell, Fraktion DIE LINKE.

Herr Sell spricht das Thema Flurbereinigung Riestedt/ Pölsfeld an. Er macht darauf aufmerksam, dass es auch in den angrenzenden Ortschaften große Probleme in dieser Richtung gibt. Z.B. läuft der Graben an der Straße Meuserlengefeld - Lengefeld ständig über und in den Ort hinein. Genauso verhält es sich am Tannenwäldchen, an der Brücke. Hauptsächlich mahnt er an, dass die Straßenränder katastrophal und verheerend aussehen. Kein Graben ist frei bzw. bereinigt. Das ist für die Bürger, die angehalten werden, Ordnung zu halten, nicht hinnehmbar. Die Gräben sollten gerade jetzt, bei dieser Witterung, frei gemacht werden, damit das Wasser zügig ablaufen kann. Rechts auf der Strecke von Lengefeld nach Sangerhausen, erfolgte im Frühjahr Baumverschnitt vom Straßendienst. Der Baumverschnitt liegt heute noch da. Er ist weder geschreddert noch weggeräumt worden. Mitunter liegt er sogar auf der Fahrbahn. Er bittet darum, aktiv zu werden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann kann auf die einzelnen Problemstellen im Moment keinen Bezug nehmen. Es muss im Nachgang kommuniziert werden. Laut Unterhaltungsverband ist allein der Umstand, dass ein Graben bewachsen ist, kein Grund dafür, dass kein Wasser abfließen kann. Nur Bäume u.ä. bewirken das. Der Grashalm selbst legt sich sofort flach, wenn Wasser fließt. Künftig muss man sich wegen zunehmender Wetterunbilden (temporärer Starkregen) bei allen anstehenden Maßnahmen darauf einstellen, dass Probleme anderer Art auftreten. Er hat an dieser Stelle nur über Riestedt gesprochen, da dort das Flurbereinigungsverfahren läuft. Es ist klar, dass es solche Probleme auch an anderen Stellen gibt. Man muss sich darauf einstellen, dass man künftig Maßnahmen einleitet, wie Polderflächen herrichten usw.. Dabei sind auch andere Behörden einzubeziehen. Der Prozess wird Jahrzehnte andauern.

7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

7.1 Beitrittsbeschluss der Stadt Sangerhausen zur Teilversagung zum beantragten Umfang der Kreditermächtigung (Änderung der Haushaltssatzung 2013)

Herr Poschmann begründet die Beschlussvorlage. Um die versagten 1.277.500 Euro an den Zweckverband zahlen zu können, wird der Kassenkredit um diese Summe erhöht. Gestern im Hauptausschuss wurde nach- gefragt, wie man diese Einsparung erreichen kann. Auch nach der Genehmigung wird weiterhin mit Haushaltssperren gearbeitet. An der Haushaltsdurchführung in diesem Jahr wird auch ein Nachtragshaushalt nichts ändern. Es muss versucht werden, bei der tatsächlichen Durchführung des Haushaltes, diese 1.277.500 € einzusparen, sodass der Kassenkredit nicht ins Unermessliche steigt. Zur Zeit schwankt der Kassenkredit um die 15 Mio. €. Trotz des Defizits ist er im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nicht gestiegen. Wenn der Beitrittsbeschluss gefasst und die Haushaltssatzung öffentlich bekanntgemacht ist, werden verwaltungsintern Regelungen vorgeschoben, sodass, wie in der vorläufigen Haushaltsführung, weiterhin gespart wird.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu. Es sollte aber aufgepasst werden, dass man sich nicht irgendwann "kaputt spart". Die Stadt bewegt sich jetzt schon im untersten Level.

Herr Peche fragt, was damit gemeint ist.

Herr Mrozik erklärt die Aussage damit, dass die 1.277.500 € zusätzlich aus dem Haushalt der Stadt kommen müssen. Die Mittel reichen jetzt schon bei Weitem nicht aus.

Herr Poschmann betont, dass mit Augenmaß gespart werden muss.

Herr Skrypek verweist darauf, dass das in der gestrigen Hauptausschusssitzung in etwa ebenso gesagt wurde. Des Weiteren sollte ein Schnitt gemacht und aufgezeigt werden, wo sich die Stadt derzeit befindet.

Herr Poschmann schlägt vor, dass im nächsten Finanzausschuss darüber informiert wird.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen tritt gemäß der Verfügung der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Mansfeld Südharz vom 14.08.2013 der Teilversagung des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen laut Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 1.277.500 € bei.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 35
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-39/13** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

17:08 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage der Bürgerin Frau Karoline Spröte, Sangerhausen, Hüttenstraße 19

Frau Spröte nahm am 09.09.2013 an einer Podiumsdiskussion im "TheO'door" teil. Die Träger der Stadt Sangerhausen und des Landkreises haben die Abgeordneten zu einer Gesprächsrunde eingeladen. Herr Poschmann hatte sich zu Wort gemeldet und gesagt, dass er die Arbeitgeber dahingehend informieren oder beraten will, dass sie ihre Fachkräfte nicht zum Arbeitsamt schicken, sondern dass sie zu ihm oder zum Kreistag gehen sollen. Sie möchte von ihm wissen, wann sie zu ihm kommen können. Laut SGB III § 8 muss man sich 3 Monate vor Ablauf einer Befristung beim Arbeitsamt melden. Das ist in 2 Wochen so weit.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann stellt fest, dass die Darstellung eine sehr verkürzte Wiedergabe der dort stattgefundenen Diskussion war. Zum allgemeinen Verständnis muss er weiter ausholen. Das Land diskutiert im Moment den 1. Haushalt für 2014 und will die Jugendpauschale insgesamt um 2 Mio. € kürzen. Heute ist ihm übrigens zu Ohren gekommen, dass die Kürzung nicht vorgenommen wird. Vielleicht hat der Protest schon Wirkung gezeigt. Als während der Veranstaltung der Aufruf kam, dass die Teilnehmer ihre Mitarbeiter zum Arbeitsamt schicken sollen,

sagte er folgendes. Bevor man Unsicherheiten schürt, ist es besser, seitens der Träger, mit der Stadt und dem Landkreis ins Gespräch zu kommen, um zu sehen, was zu kompensieren ist. Der Landkreis hat in dieser Runde auch gesagt, dass er es sich im Gegensatz zu Anderen leisten kann, dem Kreistag vorzuschlagen, diese Differenz, bei Kürzung durch das Land, zu ersetzen. Das hat auch der Landkreis auf der Bühne im Rahmen des Kobermännchenfestes zum Ausdruck gebracht. Darüber, was die Stadt Sangerhausen machen kann, ist nachzudenken, da sie auch in Hinsicht auf die Zuschüsse betroffen ist. Der Stadtrat hat vor einigen Jahren in der Hauptsatzung die Stelle des Stadtjugendpflegers verankert. Er geht davon aus, dass die Stelle erhalten bleibt, auch wenn Kürzungen des Landes einhergehen. Das schließt nicht aus, dass die Stadt mit dem Land um hohe Zuschüsse dafür ringt. Das Land argumentiert folgendermaßen. Es handelt sich um eine Übergangsregelung, die angepasst werden muss, denn für diese Aufgaben ist der Landkreis zuständig. Solange die Strukturschwäche landesweit anhält, sollte das Land mit Augenmaß kürzen. Dafür haben alle appelliert. So hat er es in der Diskussionsrunde gemeint. Er hat nicht gesagt, dass es falsch ist, mit den Betroffenen zu reden. Er sagte, dass hier die Falschen miteinander diskutieren. Es müssen die Träger an einen Tisch. Hauptsächlich haben sich die betroffenen Mitarbeiter und nicht die Träger selbst zu Wort gemeldet. Er vermisst die Artikulierung aus den Vereinsvorständen (Träger) zu diesem Thema. Das war seine Aussage. Er ist wohl falsch verstanden worden.

17:10 Uhr

Frau Stahlhacke kommt = 38

Wortmeldung der Bürgerin Frau Christine Kümmel, Sangerhausen, OT Riestedt, Mansfelder Str. 17b

Frau Kümmel spricht ebenfalls zum Thema Podiumsdiskussion. Für sie besteht das Problem nicht darin, dass sich alle anstrengen werden, diese Lücke, die eventuell entsteht, zu schließen. Die Kräfte sind sowohl in der Stadt, als auch im Landkreis vorhanden. Das Problem ist, dass das Land nicht aus der Pflicht genommen werden darf. Es ist schon richtig, dass es Aufgabe der Kommune (Landkreis, örtlicher Träger) ist, die finanziellen Mittel für die Jugendarbeit bereitzustellen. Es heißt aber auch weiterhin im SGB VIII, dass das Land und der Bund dafür zu sorgen haben, dass die Kommunen askömmlich mit Finanzen versorgt werden, um diese Aufgabe zu erfüllen. Wenn das Land kürzt, sind eben diese Mittel nicht da. Sie weist Herrn Poschmann auf folgendes hin. Wenn der Landrat sagt, er ist in der Lage die 70 T€ in der Jugendpauschale und im Fachkräfteprogramm noch einmal aufzufangen, dann ist das nicht seine Entscheidung. Diese Entscheidung trifft einzig und allein der Kreistag. Der Jugendhilfeausschuss des Kreistages hat sich letzten Montag dahingehend positioniert, an das Land eine Petition zu richten und dem Kreistag vorzuschlagen, das Land nicht aus der Pflicht zu entlassen und dass nicht wieder versucht wird, die fehlenden durch eigene Mittel zu ersetzen.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Holger Hüttel, Sangerhausen, Riestedter Straße 90

Herr Hüttel nahm auch an der Veranstaltung teil. In letzter Zeit kommt es immer häufiger vor, dass er sich fragt ob Herr Poschmann der Oberbürgermeister der Sangerhäuserinnen und Sangerhäuser ist. Er hat immer mehr den Eindruck, dass Herr Poschmann die unsoziale Politik von CDU und SPD im Land toleriert und sich in keinsten Weise dagegen stellt. Natürlich besteht Interesse daran, dass diese entsprechenden Strukturen erhalten bleiben. Wenn der Kreistag beschließen sollte, die fehlenden Mittel zu ersetzen, sollte bedacht werden, wovon sich der Kreis finanziert. Nämlich über die Kreisumlage und somit über die Städte und Gemeinden. Von einer dieser Städte ist Herr Poschmann der Oberbürgermeister und wenn er nicht bald auf die Position der Stadt Sangerhausen im Land und auf die Probleme hinweist, dann wird sich nichts ändern. Dann entsteht der Eindruck, dass immer alles in Ordnung ist. So geht das nicht.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann stellt fest, dass Herr Hüttel bei der Veranstaltung nicht richtig zugehört hat. Er selbst hat unmissverständlich deutlich gemacht, dass es wichtig ist, das Land in die Pflicht zu nehmen, um das Geld zu bekommen und dass sonst die Kommunen belastet würden. Er wehrt sich gegen die Unterstellung, dass er als Oberbürgermeister alles stillschweigend hinnimmt. Das ist auf keinem Falle wahr. Die Artikulation erfolgt im Rahmen des Städte- und Gemeindebundes. Er ist Realist und weiß, dass man überlegen muss, wie man damit umgeht, wenn die Finanzen knapp sind. Das gehört auch zu einer verantwortungsvollen Politik. Wenn jemand die Politik von der Spitze an betreiben muss und den Spagat zwischen den Möglichkeiten und den Notwendigkeiten sieht, dann relativiert sich manche Kritik.

Anfrage des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram erinnert daran, dass derzeit die Einwohnerfragestunde stattfindet. Er hat 2 Fragen.

1.) Vor Kurzem wurden die Markierungen Erfurter Straße - Kreisverkehr - Brauereiberg erneuert. Danach überzog man die gesamte Straße samt der neuen Markierungen mit Spritzbitumen und Splitt. Es ist unverständlich, wie das zustande kam. Das gleicht Schildbürgerei.

2.) stellte er heute fest, dass an der Süd- und Nordseite der Hasentorbrücke die 30 km/h - Schilder verschwunden sind. Wurden sie gestohlen oder abgebaut? Im Mai 2009 oder 2010 fragte er nach, warum sie aufgestellt wurden. Damals ging es wohl um die Bahnbrücke. In der Kurve selbst ist es immer glatt und es passieren Unfälle. Gerade deshalb kann er nicht verstehen, warum nun wieder bis 50 km/h gefahren werden darf. An der Brücke hat sich nichts verändert. Der Zustand ist eher noch schlechter geworden.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger stimmt Herrn Wolfram zu. Die Bauzustandsnote der Hasentorbrücke ist sehr schlecht. Das ist seit Jahren Thema im Bauausschuss. 2009/2010 wurden Fördermittel aus dem Schlaglochprogramm für die Instandsetzung der Oberfläche eingesetzt. Die grundsätzlichen Schäden wurden nicht behoben. Zur Zeit läuft das sogenannte Entflechtungsprogramm (alt: GVFG-Programm). Bezüglich der Geschwindigkeitsbegrenzung, gibt es vom Bauzustand her, keine Entwarnung. Was die Schilder betrifft, wird er eine Prüfung veranlassen. Auf die 1.) Frage antwortet er wie folgt. Es besteht die Pflicht, an den Stellen, an denen eine Markierung erforderlich ist, diese zu jederzeit auch ordentlich anzubringen. Bei der Oberflächenbehandlung muss die Markierung abgefräst werden, da die Oberfläche angespritzt und abgestumpft wird. Sie wird danach natürlich wieder aufgetragen. Aus Verkehrssicherheitsgründen lässt sich das nicht koordinieren.

Anfragen des Bürgers Herr Heinz Hüttenrauch, Sangerhausen, Rähmen 1 a

Herr Hüttenrauch spricht mehrere Probleme an.

- 1.) geht es um 2 gefährliche Schlaglöcher in der Hüttenstraße und auf dem Töpfersberg, deren Tiefe ca. 10 cm beträgt. Sie befinden sich an Stellen, an denen es immer Gegenverkehr gibt und sind außerdem schlecht einzusehen. Wann werden sie beseitigt?
- 2.) Auf der Kreuzung Ziegelgasse - Rähmen wurden vor ca. einem halben Jahr Erdarbeiten im Abwasserbereich vorgenommen. Seitdem hat sich ein kleiner See von über einem Quadratmeter gebildet, der mittlerweile eine Tiefe von über 20 cm erreicht hat.
- 3.) Dicht daneben befindet sich ein Abwassereinstiegsschacht. Dort wurde vor Jahren eine Druckleitung eingelegt. Bei Starkregen sind erst gestern wieder Fontänen aus den Luftabzugslöchern von bis zu einem Meter gekommen. Im April waren sie noch höher. Der Deckel fängt aufgrund des Druckes an zu beben. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann er abhebt.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger informiert zur 1.) Anfrage, dass noch im September ein Kassensturz erfolgt. Es können sicher nicht alle Schlaglöcher vor dem Winter beseitigt werden. Wenn sich die Situation vor Ort so darstellt, wie beschrieben, dann muss tatsächlich provisorisch geschlossen werden oder es müssen verkehrsrechtliche Hinweisschilder aufgestellt werden. Die beiden anderen, sind AZV-Themen. Dazu hat er keinen Kenntnisstand. Die Sachverhalte werden an den Verband weitergeleitet und mit diesem besprochen.

17:25 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

7.2 Ergänzungssatzung im Ortsteil Wettelrode der Stadt Sangerhausen

- wurde von der Verwaltung zurückgezogen -

7.3 Nachgenehmigung für eine Mehrausgabe § 96 GO LSA zur Beseitigung einer Havarie in den Sanitäranlagen der Grundschule "Am Rosarium" auf Grund einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

17:27 Uhr

Herr Hecker geht = 37

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass sich der zentrale Sanitärbereich nicht im 2., wie in der Vorlage angegeben, sondern im 1. Obergeschoss befindet. Bei einer Vor-Ort-Besichtigung der Schule fragten Mitglieder des Sozialausschusses nach weiteren Schritten. Diese werden in den nächsten Ausschüssen dargestellt. Hier handelt es sich hauptsächlich um Stark III - Heizungssanierung und Aufgaben im Bereich des Brandschutzes. Der wesentlich kleinere Sanitärbereich im Erdgeschoss soll in der regulären Haushaltsplanung des nächsten Jahres eine Rolle spielen.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses
(zur Information verwiesen)

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Die Mitglieder des Sozialausschusses fragten nicht nur nach den Kosten für die weiteren Schritte. Sie möchten eine Aufstellung aller Kosten, die bisher in die Sanierung der Grundschule "Am Rosarium" geflossen sind.

Herr Peche stellt richtig, dass er sich bei der Abstimmung der Beschlussvorlage im gestrigen Hauptausschuss enthalten hat. Er hat noch nie einer Vorlage, in der es um die Sanierung in der Grundschule "Am Rosarium" ging, zugestimmt.

Herr Skrypek bittet um Korrektur in der Niederschrift der 69. Hauptausschusssitzung.

Herr Peche weist Herrn Michael darauf hin, dass eine Aufstellung der Gesamtkosten (auch der kleinen Beträge) gefordert wird.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen erteilt hiermit die Nachgenehmigung gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung LSA an den Oberbürgermeister zur getroffenen Eilentscheidung am 22.07.2013 für eine Mehrausgabe gemäß § 96 Gemeindeordnung LSA zur Beseitigung einer Havarie und deren Folgen in den Sanitäreinrichtungen der Grundschule "Am Rosarium" in Höhe von 35 T€.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 35
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-39/13** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

7.4 Aufnahme von 4 Projekten in das Sportentwicklungskonzept der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Michael

17:31 Uhr
Herr Hecker kommt = 38

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Abstimmungen in 4 Ortschaften:

- 2 x Zustimmung: **Wippra (2J/1N/2E), Wettelrode** (einstimmig)
- 1 x nicht beschlussfähig: **Lengefeld**
- 1 x keine Sitzung: **Grillenbergr**

Herr Mrozik wiederholt die Aussage von Herrn Michael, dass mit dem Beschluss keine finanziellen Verpflichtungen auf die Stadt zukommen. Deshalb beantragt er, dass folgender letzter Satz von Punkt 1 der Begründung der Beschlussvorlage gestrichen wird. "Zur Finanzierung des Grundstückserwerbs ist eine Vereinbarung mit der Stadt Sangerhausen vorgesehen und auch notwendige Voraussetzung." Diese Aussage steht im Widerspruch zu der im Beschlusstext, dass sich aus der Darstellung im Sportentwicklungskonzept keine finanziellen Verpflichtungen für die Stadt Sangerhausen ergeben.

Herr Michael wird dem Antrag folgen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Darstellung folgender Projekte im Sportentwicklungskonzept der Stadt Sangerhausen:

1. Kletterturm des Deutschen Alpenverein e.V. - Sektion Südharz/Sangerhausen im Wohngebiet Südwest
2. Barrierefreier und generationsübergreifender Bewegungs- und Therapiepark des Christlichen Jugenddorfes Sangerhausen
3. Rollstuhlwanderweg an der Moltkewarte Sangerhausen
4. Wander- / Walking- / Laufweg "Die Steigerschleife" Sangerhausen

Die Projekte sind im Sportentwicklungskonzept der Stadt Sangerhausen darzustellen. Aus dieser Darstellung im Sportentwicklungskonzept ergeben sich für die Stadt Sangerhausen keine finanziellen Verpflichtungen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 36
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-39/13** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

Herr Michael informiert, dass am 03.10.2013 um 10:00 Uhr, ab Schaubergwerk, eine Wanderung zur Steigerschleife stattfindet.

7.5 Zuschuss zur Finanzierung eines Grundstückes für den Deutschen Alpenverein - Sektion Südharz/Sangerhausen e.V. zur Errichtung einer Sport- und Freizeitanlage

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage. Die Verwaltung wird den Intensionen der Ausschüsse folgen und heute die Vorlage in 1. Lesung behandeln.

KASSETTENWECHSEL

Für die 2. Lesung ist geplant, ein günstigeres Bankangebot vorzustellen. Angestrebt ist auch, dass der Verein über Jahre hinweg Eigenleistungen erbringt, die sogar den Zuschussbetrag erreichen könnten.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja-Stimmen einstimmig für eine 1. Lesung. Die Mitglieder stehen dem Sozialprojekt positiv gegenüber. Sie stellt klar, dass es nicht nur um eine Bankfinanzierung ging. Es sollten Finanzierungsmöglichkeiten (ohne Bank) aufgezeigt werden.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen für eine 1. Lesung. Dabei standen weniger die sozialen Aspekte im Vordergrund. Vielmehr ging es darum, dass eine andere Finanzierungsmöglichkeit gefunden werden muss.

Herr Skrypek spricht im Namen der CDU-Fraktion. In der Fraktionssitzung wurde die Frage aufgeworfen, warum nicht die Möglichkeit eines Flächentausches mit der SWG untersucht wird.

Herr Kotzur spricht sich ebenfalls dafür aus.

7.6 Änderung eines Schulbezirkes einer Grundschule

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Abstimmungen in 8 Ortschaften:

- 2 x Zustimmung: Großleinungen, Breitenbach
- 2 x nicht beschlussfähig: Lengefeld und Wolfsberg
- 2 x keine Sitzung: Horla und Morungen
- 1 x keine Abstimmung: Wettelrode
- 1 x Enthaltung: Rotha

Herr Hüttel hat ein Problem mit der Vorlage. Er erinnert an die Schließung der Grundschule Obersdorf vor nicht allzu langer Zeit. Zum Glück hat sich der Rat von Südharz dem Land entgegengestellt und gesagt, dass sie die Grundschule Hayn erhalten wollen. Die Frage ist, welche politischen Auswirkungen dieser Beschluss hat, der aussagt, dass die Stadt Sangerhausen Schüler einer Schule haben will, die noch gar nicht geschlossen ist. Das hat eine schlechte Außenwirkung auf die, die sich für den Erhalt der Grundschule einsetzen. Er hofft auf eine mehrheitliche Ablehnung. Es sollte nicht jetzt über das Thema geredet werden. Erst wenn die Schule geschlossen ist (was er nicht hofft), gehört das Thema wieder auf die Tagesordnung. Den Ratsmitgliedern von Südharz, die für den Erhalt gestimmt haben, in den Rücken zu fallen, findet er schäbig.

Frau Scheffel informiert über das Abstimmungsverhalten der Räte von Südharz. Von 24 Räten waren 15 anwesend. Für den Erhalt der Grundschule Hayn haben 5 Räte gestimmt, 3 waren dagegen und 7 haben sich enthalten. Die Zahlen sprechen für sich.

Herr Peche bekräftigt, dass es den Sangerhäuser Stadträten auch um den Erhalt aller seiner 6 Grundschulen geht. Die Mehrheit der Südharzer Räte hat demokratisch für den Erhalt gestimmt. Die Schule ist nicht geschlossen. Da kann man nicht einfach darüber hinweggehen. Aus seiner Sicht, kann, moralisch gesehen, ein solcher Beschluss nicht gefasst werden. Wenn die Räte wirklich dafür sind, dass die Grundschulen der Stadt Sangerhausen, sowohl im ländlichen Bereich, als auch in der Kernstadt, über 2017 hinaus erhalten bleiben, dann sollte es nicht "Änderung eines Schulbezirkes", sondern "Änderung der Schulbezirke in der Stadt Sangerhausen einschließlich der

Ortschaften" heißen. Dann müsste die Vorlage hier als 1. Lesung behandelt werden und die Verwaltung den Auftrag zur Überarbeitung erhalten. Somit setzt der Stadtrat Prämissen und drückt aus, was er wirklich will.

Herr Mrozik schlussfolgert aus den Wortmeldungen seiner Vorredner. Mit der Beschlussvorlage hätte dem Kreis die Vorlage dafür gegeben werden müssen, was der Stadtrat will. Inhalt hätte sein müssen, dass der Stadtrat die Grundschulstandorte Großleinungen, Oberröblingen und Wippra erhalten will. Das sollte zeitnah geschehen.

Herr Peche wiederholt seine moralischen Bedenken. Zum Glück hat die Stadt so viele Schüler, dass, wenn die Schulbezirke sinnvoll geregelt und gestaltet werden, alle Kinder in den Schulen der gesamten Stadt unterkommen. Solange die Schule Hayn noch offen ist, kann ein solcher Beschluss nicht gefasst werden. Es entsteht sonst der Eindruck, dass nur an die Grundschule Großleinungen gedacht wird.

Herr Fischer fragt sich, warum Dinge diskutiert werden, die gegen die Logik gehen. Es ist Unsinn, im Prozess des demografischen Wandels, in dem es immer weniger Kinder gibt, die Soll-Zahlen für eine Mindestanzahl der Schüler zu verdoppeln. Er ist gegen den Beschluss. Einerseits, weil man damit den Räten der Gemeinde Südharz in den Rücken fällt und andererseits, weil man damit eine unsinnige Festlegung der oberen Behörde rechtfertigt.

Herr Michael erklärt, dass die Schulstandorte, wie im Diskussionspapier vereinbart, in der Zuarbeit gestärkt wurden. Jetzt muss es im Kreistag durchgesetzt werden. Er appelliert an die Kreistagsabgeordneten, sich dafür einzusetzen. Es besteht jetzt keine Notwendigkeit dafür, Schulbezirke zu ändern. Das kann jedes Jahr in Zuarbeit an den Landkreis, durch einen Beschluss für das Folgejahr erfolgen. Bei Änderungen von Schulbezirken gilt folgendes zu berücksichtigen. Es gibt eine Verordnung, die regelt, wie Schulbezirke zu ändern sind und welche Prämissen gesetzt werden. Z.B. geht es nicht so einfach, dass Schüler von der Kernstadt im ländlichen Raum unterrichtet werden. Er sieht es nicht so, dass den Südharzer Gemeinderäten in den Rücken gefallen wird. Im Diskussionspapier wurde beschrieben, jede Begründung für einen Planungszeitraum zu nutzen, um die Schulstandorte zu stärken. Das wurde mit der Schülerzahl gemacht. Die Vorlage beschreibt, dass die Schüler nach Großleinungen gehen sollen, wenn in Hayn die Schule schließen sollte. Es sind einvernehmliche Gespräche mit dem Bereich Südharz geführt worden.

Herr Kemesies spricht im Namen seiner Fraktion, die auch der Meinung ist, dass der Schule in den Rücken gefallen wird. Er fragt sich, warum der Beschluss hier und heute gefasst werden muss. Erst wenn die Notwendigkeit gegeben ist, sollte der Rat entscheiden. Die Stellungnahme liegt dem Kreis vor. Genau wie jetzt über die Stadt Mansfeld gedacht wird, die ihre Schüler aus Wippra abziehen will, wird sicher in der Gemeinde Südharz über den Sangerhäuser Beschluss geurteilt. Die Vorlage sollte zurückgezogen werden.

Herr Hüttel hat herausgehört, dass Herr Michael seine eigene Begründung gegeben hat, nämlich, dass der Beschluss gefasst wird, wenn es notwendig ist. Er stellt fest, dass im Moment nicht die Notwendigkeit besteht. Des Weiteren wurde gesagt, dass man sich bei Änderung der Schulbezirke an die Regelungen einer Verordnung halten muss. Ist die "Änderung eines Schulbezirkes" nicht auch Gegenstand dieser Vorlage? Also müssten doch jetzt schon Änderungen vorgenommen werden.

Herr Qual spricht im Namen der FDP-Fraktion. Bis heute wurden die Grundschulstandorte weitestgehend ausgelichtet. Seine Fraktion ist gegen jegliche Schließungen weiterer Schulstandorte im Grundschulbereich. Mit dem Beschluss sollte jetzt nicht ein falsches Zeichen gesetzt werden. Andere Gemeinden haben auch ihre originären Interessen.

Herr Poschmann verweist auf die Niederschrift der letzten Ratssitzung. Die Verwaltung hat das Einbringen dieser Beschlussvorlage nicht initiiert. Bisher wurden Schulbezirksänderungen immer in der Verwaltung besprochen. In der letzten Ratssitzung, im Rahmen der Diskussion zum Oberbürgermeisterbericht, hat der Rat der Verwaltung den Auftrag erteilt. Er als Oberbürgermeister hat den Auftrag angenommen und es hat niemand widersprochen. Die Diskussion mit Herrn Michael Dietrich ist auf einer halben Seite protokollarisch festgehalten. Herr M. Dietrich hat das Thema, das die BOS-Fraktion bereits zur Schließung der Grundschule Hayn angesprochen hatte, aufgegriffen und bat um Prüfung der Änderung des Einzugsbereiches, sodass nicht alle Schüler ins Othal gelenkt werden. Er hat mehrfach reagiert und letzten Endes hat er die Prüfung zugesagt, ob der Stadtrat eine Entscheidung treffen kann bzw. ob er das Recht dazu hat, losgelöst von der Schulentwicklungsplanung. Zum Schluss sagte er: "Wenn es möglich ist, wird im September darüber beraten." Er stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung von der Tagesordnung.

Herr Skrypek stellt fest, dass niemand dafür oder dagegen sprechen möchte und lässt abstimmen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag (Absetzung von der Tagesordnung)

Ja-Stimmen = 35
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich angenommen und die Beschlussvorlage von der Tagesordnung abgesetzt.

7.7 Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an Sangerhäuser NS-Opfer

Eine Austauschvorlage wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 13.09.2013 zugeschickt.

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der geänderten Beschlussvorlage (Austauschvorlage) einstimmig zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen stimmt der Verlegung von einem Stolperstein vor dem Grundstück Sangerhausen, Alter Markt 14, für das Euthanasieopfer Edith Große zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 38
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-39/13** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

18:10 Uhr
Herr Kotzur geht = 37

7.8 Ermächtigung des Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes "Südharz": 3. Neufassung der Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes "Südharz"

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Frau Künzel weist auf einen Fehler im 2. Absatz des Beschlusstextes hin. "Die Stadt" wird hier doppelt genannt.

Herr Fischer fragt, ob er richtig verstanden hat, dass Informationen im Amtsblatt bekannt gemacht werden, aber die Bürger der Ortschaften keinen Rechtsanspruch auf eine aktuelle Information haben.

Herr Schweiger verneint. Jeder hat einen Rechtsanspruch auf aktuelle Informationen. Nur, dass die Bürger der anderen Gemeinden, diese nicht in den Briefkasten gesteckt bekommen.

Herr Fischer betrachtet das als Ungleichbehandlung der Bürger und bittet darum, Möglichkeiten zu prüfen, dass diese Informationen rechtsverbindlich den Bürgern auf dem sonstigen Wege der üblichen Bekanntmachung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schweiger kann keine gravierende Ungleichbehandlung erkennen. Rein theoretisch reicht es, wenn ein amtlicher Schaukasten benannt wird und die Mitteilungen dort aushängen. Es muss sich auf eine amtliche Mitteilungsstelle geeinigt und festgelegt werden, wo sie sich befindet. Nach langer Diskussion haben alle anderen Vertreter der Gemeinden dieser Regelung zugestimmt. Das ist keine Erfindung der Stadt Sangerhausen. Demzufolge sieht er hier kein Problem.

18:20 Uhr

Herr Klein geht = **36**

Beschlusstext:

Der Vertreter der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes "Südharz" wird ermächtigt, der Aufhebung des Beschlusses Nr. 4-18/13 des Trinkwasserzweckverbandes "Südharz" vom 28.03.2013 zuzustimmen.

Der Vertreter der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes "Südharz" wird ermächtigt, der in der Anlage beigefügten Änderung der Verbandssatzung in der Form der 3. Neufassung der Verbandssatzung durch den Trinkwasserzweckverband „Südharz" zuzustimmen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-39/13** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz

9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Um 18:40 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Simone Jung
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender